Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7516**

17. Wahlperiode 26. 10. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Becker, Rolf Hempelmann, Hubertus Heil (Peine), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/6084 –

Die Energiewende gelingt nur mit KWK

A. Problem

Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) mit dem Ziel, den Anteil des KWK-Stroms an der gesamten Stromerzeugung in Deutschland bis 2025 auf 30 Prozent zu erhöhen; Verlängerung der für die KWK-Förderung maßgeblichen Anmeldefrist bis 2020.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

E. Bürokratiekosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/6084 abzulehnen.

Berlin, den 26. Oktober 2011

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken Vorsitzender	**Kerstin Andreae** Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Kerstin Andreae

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/6084** wurde in der 114. Sitzung am 9. Juni 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion der SPD fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen des Gesetzespakets für den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie auch Eckpunkte für eine Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) vorzulegen. Das KWKG sieht nach Angaben der SPD-Fraktion vor, den Anteil des KWK-Stroms an der gesamten Stromerzeugung in Deutschland bis 2020 auf 25 Prozent zu verdoppeln und damit 20 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Emissionen einzusparen. Es sei aber unstrittig, dass dieses Ziel mit dem KWKG nicht erreicht werde. Daher fordert die der SPD-Fraktion neben der Erhöhung des Zielwertes von 25 auf 30 Prozent der Stromerzeugung eine Reihe von Maßnahmen zum beschleunigten Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, die die effizienteste Nutzung von sowohl fossilen als auch biogenen Energieträgern darstelle. So soll die Anmeldefrist für die Förderung neuer KWK-Anlagen bis 2020 verlängert werden. Netzbetreiber sollten zum Anschluss dieser Anlagen und zur Abnahme der Energie verpflichtet werden.

Zu den Einzelheiten wird auf den Antrag auf Drucksache 17/6084 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/6084 in seiner 44. Sitzung am 29. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/6084 in seiner 55. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Petitionen

Dem Ausschuss lag eine Petition vor, zu der der Petitionsausschuss eine Stellungnahme nach § 109 GO-BT angefordert hat.

Der Petent fordert eine stärkere Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung.

Mit der Ablehnung des Antrags wurde dem Anliegen des Petenten nicht entsprochen.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Vorlage auf Drucksache 17/6084 mehrfach, zuletzt in seiner 54. Sitzung am 26. Oktober 2011 abschließend beraten. Die Vorlage war in die am 27. Juni 2011 durchgeführte öffentliche Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze (Drucksachen 17/6073, 17/6249) und zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Modernisierung der Stromnetze – Bürgernah, zügig, für erneuerbare Energien" (Drucksache 17/5762) einbezogen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/6084 zu empfehlen.

Berlin, den 26. Oktober 2011

Kerstin Andreae
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333